

Az. 620 — 20/21

BV. Nr. 26/67

Betreff: Bauaufsichtliche Genehmigung

I. Das Landratsamt — Untere Bauaufsichtsbehörde — Germersheim erläßt folgenden

BeschlußDer Antrag des / der INTERBAU -Wohnungsbaugesellschaft-in Karlsruhe, Amalienstraße 25auf Erteilung der bauaufsichtlichen Genehmigung für Wohnhaus-Neubauin Maximiliansau, Im Niederstock Flurstück Nr. 3979

wird genehmigt

Die Genehmigung unterliegt den nachstehenden Hinweisen und Auflagen

1. Bei der Bauausführung sind die Vorschriften der Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz vom 15. 11. 1961 (GVBl. S. 299) und die Oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen vom 21. 8. 1909 (GVBl. S. 655 ff.) zu beachten.
2. Der Bau ist nach dem genehmigten Plan auszuführen. Teil dieses Planes sind die in der Vorlage mit Grünstift beigeschriebenen Maße und Erinnerungen und die darin eingetragenen Abänderungen. Abweichungen davon sind unzulässig. Für Änderungen der genehmigten Bauplanung, die während der Bauausführung notwendig werden, muß vor der Ausführung am Bauwerk die baupolizeiliche Genehmigung (unter Vorlage von Tekturzeichnungen) eingeholt werden.
3. Auf Anfordern ist der Bauaufsichtsbehörde vom Bauherrn nachzuweisen, daß die Baustoffe, die bei dem Bauvorhaben verwendet werden sollen, die Güteeigenschaften besitzen, die nach den DIN-Vorschriften oder nach den besonderen Zulassungen gefordert werden müssen. Die Bauaufsichtsbehörde bestimmt, wie der Nachweis zu führen ist. Die Kosten des Nachweises trägt der Bauherr.
4. Die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (§ 41 — Verkehrshindernisse —) sind einzuhalten. Für die Lagerung von Baustoffen im Straßenraum und das Aufstellen von Gerüsten usw., die in den Straßenraum hineinragen, ist die Genehmigung beim Landratsamt — Verkehrsabteilung — einzuholen.
5. Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn dieser Beschluß unanfechtbar geworden ist, das ist frühestens ein Monat nach Empfang dieser Genehmigung.
6. Beiliegende Baubeginnsanzeige für die Berufsgenossenschaft ist mit der Baubeginnsanzeige für die Bauaufsichtsbehörde sofort bei Baubeginn über die Gemeindeverwaltung dem Landratsamt — Untere Bauaufsichtsbehörde — vorzulegen.
7. Die Genehmigung wird unwirksam, wenn mit dem Bau nicht binnen drei Jahren vom Zeitpunkt der Unanfechtbarkeit des Beschlusses an begonnen wird.

II. Die Kosten des Verfahrens hat der (die) Antragsteller(in) zu tragen.

III. Für diesen Beschluß wird eine Verwaltungsgebühr von 150,— DM

Statik 840,— DM

sowie 4,20 DM

als Auslagenersatz

zusammen 994,20 DM

erhoben.

8. Die Bauleitererklärung nach beigegebenem Formular ist mit den Unterschriften des Bauherrn und des Bauleiters versehen, von dem Bauherrn spätestens mit der Einreichung der Baubeginnsanzeige bei der Bauaufsichtsbehörde einzureichen.
9. Das Formular darf weder verkürzt, noch ergänzt, noch sonstwie verändert werden.
10. Ergibt sich für den Bauherrn während der Bauausführung die Notwendigkeit, einen anderen verantwortlichen Bauleiter zu bestellen, so hat er mindestens 8 Tage vor Eintritt des Personenwechsels oder bei unvorhergesehenem Ausfall des Bauleiters (Tod) sofort der Bauaufsichtsbehörde einen Nachfolger namhaft zu machen, der durch schriftliche, der Bauaufsichtsbehörde abzugebende Erklärung die Verantwortung für die Bauausführung übernimmt.
11. Die zur Anwendung kommende Betongüte B 160, B 225, B 300 ist gemäß DIN 1048 anhand von Würfelproben nachzuweisen.
12. Die tragenden Bauwerksteile (Stahlbeton-, Stahl-, Holzkonstruktionen usw.) sind vor Einbetonieren bzw. Zutputzen vom Aufsteller der stat. Berechnung verantwortlich zu überprüfen und abzunehmen. Die ordnungsgemäße Ausführung dieser Tragteile sowie die Einhaltung der sonstigen Auflagen gemäß Prüfbericht ist der Bauaufsichtsbehörde schriftlich zu bestätigen. Ohne Vorlage dieser schriftlichen Bestätigung kann keine Rohbauabnahmebescheinigung ausgestellt werden.
13. Der Prüfbericht des Herrn Dipl. Ing. L. Neuhart v. 4.10.1967 ist genau zu beachten.
14. Die innen liegenden Bäder sind gemäß DIN 18017 zu be- und entlüften.
15. In jeder Wohnung ist ein zusätzlicher Heizkamin einzubauen.
16. Für die Ölfeuerungsanlage ist die erforderliche bauaufsichtliche Genehmigung einzuholen.

Gründe:

Die vorstehend gegebenen Hinweise dienen zur Unterrichtung über die Rechtslage bzw. zu deren Klarstellung. Die in Ziff. 3 aufgenommene Auflage soll bezwecken, daß nur solche Baustoffe, die die Sicherheit des Bauwerkes gewährleisten, Verwendung finden.

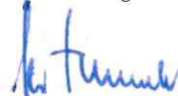
Im übrigen entsprechen die Pläne den materiell-rechtlichen Bauvorschriften, so daß dem Antrag stattgegeben werden konnte.

Die Gebührenfestsetzung beruht auf §§ 2, 3, 4 und 5 des Landesgebührengesetzes vom 22. Juli 1957 (GVBl. S. 149) in Verbindung mit Nr. 10 A2, IA1a-d des Allgemeinen Gebührenverzeichnisses, die Erhebung des Auslagenersatzes auf § 12 des Landesgebührengesetzes.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat von der Bekanntgabe ab Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landratsamt Germersheim — Untere Bauaufsichtsbehörde — schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zur Niederschrift einzulegen. Die Frist ist auch gewahrt, wenn der Widerspruch rechtzeitig beim Kreisrechtsausschuß beim Landratsamt Germersheim eingelegt wird.

Im Auftrage:



(Dr. Tworeck)
Oberbauamt

Oberregierungsrat

Geschr. am 10. 10. 67

Vergl. dch. 151

Abges. am 17. 10. 67